Foto: Christian Schulz (Fotolia)

Sonderteil

Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

2025

dbb beamtenbund und tarifunion

forsa.

dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2025 – Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte“

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0
E-Mail info@forsa.de

7. August 2025
F25.0078.03/45075 Le

forsa.

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage 1

1 Verrohung der Gesellschaft 2

2 Beobachtete Übergriffe auf öffentlich Bedienstete 4

3 Art der beobachteten Übergriffe 6

3.1 Betroffene Personengruppen 6

3.2 Art der Übergriffe 7

4 Von Übergriffen betroffene öffentlich Bedienstete 8

5 Schutz vor Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte 10

5.1 Schutzmaßnahmen in den Arbeitseinrichtungen 10

5.2 Schutz und Unterstützung gegen Gewaltvorfälle durch Vorgesetzte 11

5.3 Sicherheitsgefühl im Arbeitsalltag 12

forsa.

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2025 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Zusätzlich wurden in diesem Jahr wie bereits in den Jahren 2019 und 2023 die Meinungen der Bundesbürgerinnen und -bürgern zu (beobachteter) Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erhoben.

Die Erhebung fand im Juli 2025 statt. Befragt wurden 2.009 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits seit 2020 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit rund 100.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2,5 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragen werden.

forsa.

1 Verrohung der Gesellschaft

Wie bereits in den Jahren 2019 und 2023 meint auch aktuell eine Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger (84 %), dass die Gesellschaft zunehmend verrohe und der Umgang der Menschen untereinander rücksichtsloser und brutaler werde. 12 Prozent der Befragten sind nicht dieser Ansicht.

Diese Einschätzung findet sich bei Ost- und Westdeutschen sowie bei Männern und Frauen in ähnlichem Maße.

Die jüngeren, unter 30 Jahre alten Bundesbürger sowie diejenigen mit weiterführender Schulbildung (Abitur, Studium) teilen diese Einschätzung etwas seltener als der Durchschnitt aller Befragten.

forsa.

Verrohung der Gesellschaft

		Der Auffassung, dass die Gesellschaft zunehmend verrohe und der Umgang der Menschen untereinander rücksichtsloser und brutaler werde	
		stimmen zu	stimmen nicht zu
		%	%
insgesamt	2019	83	14
	2023	80	16
	2025	84	12
Ost		81	13
West		84	12
Männer		84	13
Frauen		84	11
18- bis 29-Jährige		72	20
30- bis 44-Jährige		83	13
45- bis 59-Jährige		88	10
60 Jahre und älter		87	9
Hauptschule		88	10
mittlerer Abschluss		87	10
Abitur, Studium		79	15
Anhänger der:	CDU/CSU	87	10
	SPD	78	14
	Grünen	74	21
	Linke	76	21
	AfD	92	7

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

forsa.

2 Beobachtete Übergriffe auf öffentlich Bedienstete

30 Prozent der Bundesbürger geben an, schon einmal Übergriffe auf öffentlich Beschäftigte beobachtet zu haben, also dass diese behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen wurden. Der Anteil liegt somit aktuell etwas über den der Vorjahre (+ 4 Prozentpunkte).

Überdurchschnittlich häufig haben die im öffentlichen Dienst Beschäftigten derartige Vorfälle bereits beobachtet.

forsa.

Beobachtete Übergriffe auf öffentlich Bedienstete

		Es haben schon einmal beobachtet, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes behindert, belästigt, beschimpft oder angegriffen wurden
		%
insgesamt	2019	26
	2023	26
	2025	30
Ost		31
West		30
Männer		34
Frauen		27
18- bis 29-Jährige		34
30- bis 44-Jährige		36
45- bis 59-Jährige		35
60 Jahre und älter		21
Hauptschule		25
mittlerer Abschluss		34
Abitur, Studium		29
Anhänger der:	CDU/CSU	29
	SPD	18
	Grünen	20
	Linke	29
	AfD	45
Öffentlich Beschäftigte:	insgesamt	46
	Beamte	51
	Tarifbeschäftigte	44

forsa.

3 Art der beobachteten Übergriffe

3.1 Betroffene Personengruppen

Am häufigsten wurden von denjenigen, die derartige Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beobachtet haben, Übergriffe auf Polizistinnen bzw. Polizisten (60 %) oder auf Rettungskräfte und Notärztinnen/-ärzte (56 %) beobachtet.

43 Prozent haben es mitbekommen, wie ein Bus- oder Straßenbahnfahrer im Dienst beschimpft, behindert oder angegriffen wurde. Jeweils 36 Prozent haben dies bei Ordnungsamt-Mitarbeitenden bzw. Feuerwehrleuten beobachtet, jeweils 30 Prozent bei Lehrkräften bzw. bei Sicherheitsdienst-Mitarbeitenden und 28 Prozent bei Lokführer/-innen bzw. Zugbegleiter/-innen.

Zeuge von Angriffen auf Mitarbeitende im Job-Center der Agentur für Arbeit wurden 17 Prozent, 16 Prozent haben Angriffe auf Erzieher/-innen im Kindergarten bzw. einer Kita beobachtet.

Betroffene Personengruppen

Folgende Beschäftigte im öffentlichen Dienst wurden beschimpft, behindert oder angegriffen:	insgesamt 2019	2023	2025	Öffentlich Beschäftigte
	%	%	%	%
Polizisten/Polizistinnen	73	64	60	65
Rettungskräfte bzw. Notärzte/-ärztinnen	58	60	56	57
Bus- oder Straßenbahnfahrer/-innen	42	45	43	36
Ordnungsamt-Mitarbeitende	34	37	36	36
Feuerwehrleute	40	41	36	38
Mitarbeitende im Sicherheitsdienst	28	30	30	37
Lehrer/-innen	28	37	30	30
Lokführer/-innen oder Zugbegleiter/-innen	21	28	28	33
Mitarbeitende in einem Job-Center der Agentur für Arbeit	18	18	17	26
Erzieher/-innen im Kindergarten bzw. einer Kita	16	20	16	15
Steuerbeamte/-beamtinnen	5	7	4	7
Sonstige	6	9	15	21

Basis: Befragte, die schon einmal Übergriffe auf öffentlich Beschäftigte beobachtet haben;
Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich
Vergleich mit 2019 und 2023 aufgrund geringer Fallzahlen nur in Tendenzen möglich

forsa.

3.2 Art der Übergriffe

Am häufigsten wurde von den Befragten beobachtet, dass Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beleidigt (87 %) oder angeschrien (69 %) wurden. Jeder Dritte (36 %) hat allerdings auch beobachtet, dass ein Beschäftigter des öffentlichen Dienstes körperlich bedrängt wurde, jeder Fünfte (20 %), dass ein Beschäftigter des öffentlichen Dienstes bespuckt wurde. Körperliche Gewalt gegenüber einem öffentlich Beschäftigten haben nur wenige Befragte (12 %) beobachtet.

Art der Übergriffe

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden:	insgesamt 2019	2023	2025	Öffentlich Beschäftigte insgesamt
	%	%	%	%
beleidigt	86	89	87	88
angeschrien	61	65	69	80
körperlich bedrängt	30	33	36	38
bespuckt	14	18	20	23
geschlagen	10	8	12	18

Basis: Befragte, die schon einmal Übergriffe auf öffentlich Beschäftigte beobachtet haben;
Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich
Vergleich mit 2019 und 2023 aufgrund geringer Fallzahlen nur in Tendenzen möglich

forsa.

4 Von Übergriffen betroffene öffentlich Bedienstete

50 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten geben an, selbst schon einmal bei ihrer Tätigkeit behindert, beschimpft oder tätlich angegriffen worden zu sein.

Beamte geben häufiger als Tarifbeschäftigte an, schon einmal eine derartige übergriffige Tat erlebt zu haben.

Von Übergriffen betroffene öffentlich Bedienstete

		Es wurden selbst schon einmal bei ihrer Tätigkeit behindert, beschimpft oder tätlich angegriffen
		%
Öffentlich Bedienstete insgesamt	2019	48
	2023	54
	2025	50
Beamte		59
Tarifbeschäftigte		48
Männer		50
Frauen		50

Basis: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
Vergleich mit 2019 und 2023 aufgrund geringer Fallzahlen nur in Tendenzen möglich

forsa.

In den meisten Fällen, in denen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten einen Übergriff erlebt haben, wurden sie beleidigt (82 %) oder angeschrien (73 %).

Jeder dritte Betroffene (32 %) gibt an, körperlich bedrängt worden zu sein. 18 Prozent wurden geschlagen, 17 Prozent bespuckt.

Art der Übergriffe im öffentlichen Dienst

Die Betroffenen wurden:	insgesamt			Beamte	Tarifbeschäftigte
	2019	2023	2025		
	%	%	%	%	%
beleidigt	89	89	82	89	80
angeschrien	68	71	73	79	71
körperlich bedrängt	31	30	32	44	27
geschlagen	17	12	18	28	15
bespuckt	12	9	17	15	18
sonstiges	2	4	4	6	3

Basis: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die während ihrer Tätigkeit selbst Opfer von Übergriffen wurden
Vergleich mit 2019 und 2023 aufgrund geringer Fallzahlen nur in Tendenzen möglich

forsa.

5 Schutz vor Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte

5.1 Schutzmaßnahmen in den Arbeitseinrichtungen

Den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst wurden verschiedene Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte in der Arbeitseinrichtung genannt mit der Bitte anzugeben, ob diese in ausreichendem Maße vorhanden sind oder sie sich diese zusätzlich oder in stärkerem Maße wünschen würden.

In stärkerem Maße gewünscht werden vor allem Abschreckungsmaßnahmen durch härtere Strafen für Täter (54 %), Deeskalationstrainings und ein Angebot an Selbstverteidigungskursen (jeweils 42 %). Jeweils 32 Prozent würden sich zusätzlich bzw. verstärkt die Anbringung von Notknöpfen bzw. Sicherheitskontrollen oder Besucherscanner wünschen, 30 Prozent mehr Sicherheitsteams bzw. einen Wachschutz, 29 Prozent Videoüberwachung.

Schutzmaßnahmen in den Arbeitseinrichtungen

	Die Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte in der Arbeitseinrichtung...		
	... sind in ausreichendem Maße vorhanden	... wären zusätzlich oder in stärkerem Maße gewünscht	weder noch
	%	%	%
Veränderungen der Wartesituation (z. B. Einlass nur mit Termin)	29	21	31
Anbringung von Notknöpfen	23	32	29
Mehr Sicherheitsteams/Wachschutz	21	30	36
Sicherheitskontrollen/Besucherscanner	19	32	36
Videoüberwachung	19	29	37
Abschaffung von Einzelbüros	18	6	49
Trennscheiben	18	14	46
Deeskalationstrainings	18	42	26
Angebot von Selbstverteidigungskursen	10	42	32
Abschreckungsmaßnahmen durch härtere Strafen für Täter	8	54	22

Basis: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“, „keine Angabe“

forsa.

5.2 Schutz und Unterstützung gegen Gewaltvorfälle durch Vorgesetzte

Über die Hälfte (51 %) der im öffentlichen Dienst Beschäftigten fühlt sich durch ihre Vorgesetzten bzw. den Dienstherrn alles in allem ausreichend gegen Gewaltvorfälle geschützt bzw. unterstützt. 37 Prozent würden sich mehr Schutz und Unterstützung wünschen.

Schutz und Unterstützung gegen Gewaltvorfälle durch Vorgesetzte

	Es fühlen sich insgesamt durch ihren Vorgesetzten bzw. den Dienstherren alles in allem ausreichend gegen Gewaltvorfälle geschützt bzw. unterstützt	
	ja	nein, es würden sich mehr Schutz und Unterstützung wünschen
	%	%
insgesamt	51	37
Beamte	52	44
Tarifbeschäftigte	51	35
Männer	56	38
Frauen	48	37

Basis: Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“, „keine Angabe“

forsa.

5.3 Sicherheitsgefühl im Arbeitsalltag

Die große Mehrheit der öffentlich Beschäftigten (76 %) fühlt sich im Arbeitsalltag mit Blick auf mögliche Gewalt- oder Bedrohungssituationen alles in allem sehr bzw. eher sicher.

Etwa jeder fünfte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (21 %) allerdings fühlt sich eher bzw. sehr unsicher.

Sicherheitsgefühl im Arbeitsalltag

	In ihrem Arbeitsalltag fühlen sich heute mit Blick auf mögliche Gewalt- oder Bedrohungssituationen	
	sehr/eher sicher	sehr/eher unsicher
	%	%
insgesamt	76	21
Beamte	74	25
Tarifbeschäftigte	77	20

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“, „keine Angabe“